

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Band: 17 (1997)
Heft: 34

Artikel: Jospins Linksregierung : zwischen sozialer Spaltung und europäischer Integration
Autor: Steinhilber, Jochen
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-652413>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Jospins Linksregierung.

Zwischen sozialer Spaltung und europäischer Integration

Die französische Europapolitik läßt sich spätestens seit dem Referendum über Maastricht 1992 von den innenpolitischen Debatten nicht mehr trennen. Auch der jüngste Regierungswechsel durch Lionel Jospin ist das Ergebnis eines mißglückten Versuchs, eine Balance zwischen den Anpassungserfordernissen der EU-Integration auf der einen Seite und der sozialen Konsolidierung der gespaltenen französischen Gesellschaft auf der anderen Seite zu finden. Die widersprüchliche Verknüpfung von französischer Europa-, Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik kennzeichnet die Instabilitäten jeder sozialistischen oder gaullistischen Regierung seit 1981. Die politischen Eliten sehen sich zunehmend einer Bevölkerung gegenüber, die dem herrschenden Integrationsprozeß nicht nur skeptisch gegenübersteht, sondern ihn auch für den Immobilismus und die Ineffizienz der französischen Politik und letztlich für die sozialen Probleme mitverantwortlich macht. Frankreich ist auf der Suche nach einem neuen Entwicklungsmodell. „Es geht zum einen um die Frage, ob und inwiefern angesichts der europäischen Integration und der geplanten Währungsunion noch eigenständiger Handlungsspielraum für die Lösung sozialer Probleme bleibt, ob die in Frankreich historisch gewachsenen sozialen Strukturen und Regulierungsformen eine Zukunft haben oder aber im Zuge der Europäisierung zum Verschwinden verurteilt sind. Zum anderen steht viel allgemeiner, viel grundsätzlicher die Gestaltungsfähigkeit der Politik gegenüber (vermeintlichen oder tatsächlichen) ökonomischen Sachzwängen auf dem Prüfstand. Schließlich geht es um die Möglichkeiten, das Gleichgewicht zwischen ökonomischer und sozialer Entwicklung wiederherzustellen und zu verhindern, daß die Modernisierung der Wirtschaft sich auf Kosten des Zusammenhalts der Gesellschaft vollzieht“ (Uterwedde 1996, 126). Nur aus dieser Spannung heraus läßt sich der politische Prozess in Frankreich in den letzten Jahren verstehen.

Die Auseinandersetzungen um die Autonomie des französischen Nationalstaats gegenüber externen Zwängen und um die verbliebenen regulativen Kompetenzen nach innen, die mit der wirtschafts- und finanzpolitischen Kehrtwende 1983 ihren Ausgang hatten und mit dem Referendum über Maastricht 1992 wieder aufflammten, erreichten im Vorfeld der Präsidentschaftswahl 1995 einen erneuten Höhepunkt. Während Edouard Balladur als Symbol für eine technokratische Politikverwaltung stand, präsentierte sich Chirac als „Kandidat der Jungen und des Wechsels“ (Todd 1997, 659). In seiner programmatischen Schrift „La France pour tous“ kündigte er als „Priorität der Prioritäten“ die „Schlacht um Arbeitsplätze“ und einen Bruch mit der einseitigen monetären Stabilitätspolitik an (Chirac 1995). Im Zentrum der „neuen Logik“ stand für Chirac die Bekämpfung der

„sozialen Spaltung“ (fracture sociale). Seinen Sieg verdankte er letztlich diesem „Sozialgaullismus“, der dem Bedürfnis eines großen Teils der französischen Bevölkerung nach Veränderung entsprach und den Willen verkörperte, daß sich die Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft trotz der Sachzwänge der Märkte innerhalb des Primats der Politik abspielen soll.

Doch „unter der Peitsche der Konvergenzkriterien“ (Zieburá 1995, 27) und nachdem der französische Franc auf den internationalen Finanzmärkten unter Druck geriet, beendete Chirac nach sechs Monaten seinen lavierenden Kurs und schwenkte auf den klassischen Sparkurs ein. Die Haushaltsverschuldung von 5 Prozent mußte bis Ende 1997 auf 3 Prozent zurückgeführt werden, wenn Frankreich weiter an der gemeinsamen Währung festhalten will. Durch Stellenabbau im öffentlichen Dienst, Verringerung der öffentlich finanzierten Arbeitsplätze und mit Kürzungen im Sozialversicherungssystem sollte die Konsolidierung des Haushalts erreicht werden. Der Anpassungsdruck der Währungsunion führte einmal mehr zu einem Kurswechsel in der französischen Politik. Ein großer Teil der Bevölkerung hat diesen Schwenk, gegen den es ausdrücklich stimmte, allerdings nicht mitgetragen (vgl. Le Gloannec 1996; Ottenheimer 1997). Am „Plan Juppé“ zur Reform der Krankenversicherung, der die erste Bewährungsprobe für die verschärfte Austeritätspolitik werden sollte, entzündeten sich die größten sozialen Konflikte in Frankreich seit 1968.¹

Der Massencharakter der Demonstrationen und die Sympathiebekundungen aus dem größten Teil der Bevölkerung im Dezember 1995 zeigten, daß über die sektoriellen Konflikte hinaus die Grundlagen der französischen Wirtschafts-, Sozial und Europapolitik tangiert wurden. Ging es zunächst um die berechnete Angst vieler abhängig Beschäftigter, daß der öffentliche Dienst als letzte Insel einer geschützten Beschäftigung ebenfalls dereguliert wird, so entwickelte sich gleichzeitig auch ein Bewußtsein, solidarische Institutionen (Sozialversicherung, öffentlicher Dienst, Schule und Universität) zu verteidigen, die in der französischen Tradition für Träger von Universalismus und Gleichheit stehen (vgl. Appel des intellectuels en soutien aux grévistes 1995; Bourdieu et al. 1997). Der Angriff auf diese Institutionen kündigte den bisher noch brüchig bestehenden Kompromiß zwischen den politischen Eliten und der Mittelklasse auf. Er bestand darin, unter dem Druck der Weltmarktöffnung eine wachsende Ungleichheit zur untersten Schicht der französischen Bevölkerung zuzulassen. Gleichzeitig sollte aber die Homogenität der Mittelklasse weitgehend gewahrt bleiben, ebenso wie die sozialen Schutzrechte für diese Schicht. „Die Gesellschaft akzeptierte also eine doppelte Spaltung: in eine favorisierte Schicht mit ihren success stories... und in eine sozial deklassierte, für die man das Konzept der ‚exclusion‘ erfand“ (Le Duigou 1996, 37). Die Mittelklasse war bereit, für die Verwaltung dieser Situation zu bezahlen. Sie akzeptierte die erhöhten Sozialabgaben, die Ausweitung der Steuerbegünstigungen für die Privilegierten und die immer umfangreicheren Programme zur Unterstützung der ausgegrenzten Schicht.

Der Kompromiß wurde porös, als die Mehrheit der Mittelklasse sich selbst in ihrem Statut und schließlich in ihrer ökonomischen Existenz und ihrer Reproduktion bedroht sah. Denn während bis Anfang der neunziger Jahre insbesondere die Flexibilisierung der Arbeitsmärkte durch gelockerten Kündigungsschutz und die Ausdehnung prekärer Beschäftigungsverhältnisse im Vordergrund stand, wurden mit der Unterzeichnung der Maastrichter Verträge und spätestens unter dem Druck der Konvergenzkriterien zunehmend die hoch verschuldeten Sozialversicherungssysteme ins Visier genommen. Das Arbeitslosengeld wurde reduziert und die Rentenregelung auf dem privaten Sektor erheblich verschlechtert. Gleichzeitig konnte eine höhere Ausbildung den Kindern dieser Mittelschicht angesichts von 25 Prozent Jugendarbeitslosigkeit keinen Arbeitsplatz mehr garantieren. Vor diesem Hintergrund und nach der enttäuschten Hoffnung auf eine „andere“ Politik unter Chirac und der dadurch erfolgten endgültigen Diskreditierung der Wahlen als Legitimierung nicht nur von Personen sondern auch von politischen Inhalten sahen viele Franzosen und Französinen den Streik und die Demonstrationen als letztes Mittel des Ausdrucks ihrer Unzufriedenheit. Durch die angeeignete Deutungs- und Definitionsmacht durchbrachen sie die Konfiszierung und Monopolisierung der politischen Sprache durch die Techniker „der einzig möglichen Politik“ und widersetzten sich der doppelten Illegitimität des herrschenden Diskurses, der Empfänger des Mindestlohns als „Müßiggänger“ bezeichnet und Angestellte des öffentlichen Dienstes pauschal zu „Reichen“ stempelt: Zum einen entspricht dies nicht der sozialen Realität und zum anderen wird dieser Diskurs von den tatsächlich Privilegierten in der französischen Gesellschaft offensiver denn je geführt.

Alarmiert durch diesen doppelten Protest der französischen Bevölkerung – zum einen gegenüber den politischen Eliten und zum anderen gegenüber der herrschenden europäischen Integration – legte Chirac zu Beginn der Revisionskonferenz von Maastricht ein „Memorandum für ein europäisches Sozialmodell“ vor. Der französische Präsident befürchtet eine Legitimationskrise des europäischen Einigungsprozesses, „wenn Europa ein abstraktes Gebilde wird oder nur den Weg der Wirtschaft und der Währung beschreitet“. Deshalb müsse „Europa wieder zu den Europäern finden“ und ein „Synonym für sozialen Fortschritt“ werden (vgl. Memorandum pour un modèle sociale européen 1996). Ein Einfuhrverbot für Produkte, die von Kinderarbeit profitieren, eine Art „europäischer Zivildienst“, Fortschritte bei der Arbeitszeitverkürzung, die Aufnahme des Sozialprotokolls in die Maastrichter Verträge und die Forderung nach Europäischen Tarifverhandlungen machten den Kern der chiracschen Vorstellungen von einem sozialen Europa aus. Im weiteren Verlauf der Regierungskonferenz, der von den deutsch-französischen Auseinandersetzungen über den Stabilitätspakt dominiert wurde, zeigte sich, daß das voluntaristische pro-europäische Bekenntnis des früheren Europaskeptikers eher europapolitische Ausflüchte einer Debatte waren, die er innenpolitisch nicht führen kann.

Dennoch scheinen die politischen Eliten durch die Streikbewegung für

die innenpolitischen Zumutungen europäischer Politik sensibilisiert worden zu sein. Denn in der Folgezeit verschärften sich die deutsch-französischen Konflikte um den ordnungspolitischen Charakter der europäischen Integration und die Ausgestaltung der Wirtschafts- und Währungsunion. Je disziplinierender die Währungsintegration sich gestaltete, desto mehr verlagerte sich der innerfranzösische Konflikt nun auch auf die europäische Ebene. Hinter den Auseinandersetzungen zwischen Deutschland und Frankreich um die Unabhängigkeit der europäischen Zentralbank und die Reichweite und Funktion der Geldpolitik standen grundsätzlich unterschiedliche Vortstellungen über das Verhältnis von Politik und Ökonomie auf europäischer Ebene. Während die „Idee Tietmeyer“, so Pierre Bourdieu in seiner Polemik gegen den deutschen Zentralbankchef, von einem „neuen Glauben an die historische Unvermeidlichkeit“ (Bourdieu 1997, 174) ausgeht und es als erwiesen ansieht, daß der politische Wille keinen Einfluß mehr auf die (ökonomische) Realität hat, setzt Frankreich dieser Ideologie den „pouvoir politique“ entgegen. Mit anderen Worten: Während der Ökonomismus eine unabhängige Zentralbank auf die Sicherung der Geldwertstabilität verpflichtet, ohne daß diese die Folgen der Stabilitätspolitik tragen müßte, kennt der Pouvoir politique, der den Primat der Politik betont, kein ‘entpolitisiertes Geld’: „Wirtschaftliche Werte sind zugleich moralische Werte. Wer verfügt, daß die Währungsstabilität absolute Priorität genießt, verweist andere Ziele auf den zweiten Rang. Und er erklärt zugleich bestimmte Interessengruppen für wichtiger als andere. Nach dieser Philosophie zählt das Geld mehr als die Arbeit, der Arbeitgeber mehr als der Arbeitnehmer, der Anleger und Spekulant mehr als der Unternehmer“ (Joffrin 1997, 5).

In Frankreich wurden die Stimmen lauter, die eine Abkehr von der Stabilitätspolitik hin zu einer „anderen“ Politik forderten. Gaullisten wie der jetzige Vorsitzende der gaullistischen Sammlungsbewegung RPR Séguin oder der Linksozialist Chevènement sehen in der Rückkehr zu den alten Werten der Republik (Primat der Politik, ausgedehnter öffentlicher Sektor, Behauptung der Nation gegenüber Europa) eine Lösung für die akuten gesellschaftlichen Probleme. Die Auflösung der Nationalversammlung im Frühjahr 1997 war neben anderen Gründen dann auch darauf zurückzuführen, daß Chirac (zurecht) befürchtete, die Konflikte über die Währungsunion würden sich zuspitzen. Die Teilnehmerländer der Währungsunion wären in unmittelbarer zeitlicher Nähe zum ursprünglichen Termin der Wahlen in Frankreich im Frühjahr 1998 bestimmt worden. Doch der Pariser Polit-Poker führte zum Bankrott der bisherigen rechten Regierungsmehrheit und zu einer zweiten Chance für die Linken in Frankreich.

Chancen und Grenzen der französischen Linksregierung

Frankreichs neue Linksregierung hatte keine Zeit zu verlieren. Der politische Kalender und die Erwartungshaltung der Bevölkerung suspendierten die obligatorische Gnadenfrist für eine neue Regierung. Gleichzeitig war die Wahlkampfzeit zu kurz, als daß sich das Linksbündnis bestehend aus

Sozialisten, Kommunisten, den Grünen und einigen kleineren Parteien in allen zentralen Fragen der französischen Gesellschaft auf Alternativen hätte einigen können. Der politische Fahrplan läßt ihnen nur die Möglichkeit, Programm und politische Praxis sich gegenseitig ergänzen zu lassen. Zwischen wachsender Arbeitslosigkeit, Budgetrestriktionen, einem Europa, das zunehmend beunruhigt und den „Erwartungen der Märkte“ birgt dieses Experiment im Lebensalltag keine geringen Risiken. Neben der Korrektur der bisherigen Migrationspolitik und einer Erneuerung des durch viele Skandale erschütterten Justizwesens, die im Zentrum des von Jospin vorgeschlagenen „republikanischen Paktes“ stehen, wird sich die Zukunft der Linksregierung vor allem an der effektiven Bekämpfung der Arbeitslosigkeit entscheiden. Eine demokratische Erneuerung der französischen Gesellschaft kann nur auf der Basis der Überwindung der sozialen Spaltung erfolgen. Sowohl auf europäischer wie auf nationaler Ebene wird hier von Jospin ein Kurswechsel erwartet. Allerdings, und daran hat der neue Premierminister keinen Zweifel gelassen, immer unter Beachtung der Stabilitätsanforderungen für die gemeinsame Währung 1999 (vgl. Parti Socialiste, Secrétariat National 1996). Damit „... gewinnt die innenpolitische Fundierung bzw. Durchsetzungsfähigkeit der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion einen neuen Stellenwert und führt zu neuen Akzenten“ (Uterwedde 1997, 2). Gleichzeitig aber wird es die schwierigste Aufgabe Jospins sein, die Beibehaltung der Stabilitätslogik durch eine europäische Wachstums- und Beschäftigungspolitik legitimieren zu können.

Auf nationaler Ebene kann die Regierung erste Erfolge verzeichnen. Die traditionelle Erhöhung des Mindestlohns als ein Teil des von Jospin vorgeschlagenen „Sozialpaktes“ fiel mit Blick auf die leeren Staatskassen (und den nationalen Beschäftigungsgipfel im Oktober) mit 4 Prozent geringer aus als erwartet. Der beschäftigungspolitische Schwerpunkt der ersten Monate lag jedoch auf der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Mit einem Jahresbudget von 10,5 Milliarden DM sollen 350 000 Arbeitsplätze für Jugendliche unter 26 Jahren öffentlich finanziert werden (denen ebenfalls 350 000 Arbeitsplätze auf dem privaten Sektor entsprechen sollen). Sie werden zumeist von den Gebietskörperschaften zur Erledigung öffentlicher Aufgaben (Sozialarbeit, Ökologie) eingerichtet und werden auf fünf Jahre garantiert. Anders als bei den vorangegangenen „Arbeitsbeschaffungsprogrammen“ handelt es sich zumeist um qualifizierte Beschäftigung, die nach dem Mindestlohn vergütet wird.

Nachdem Premier Jospin die Schließung des Renaultwerkes im belgischen Vilvorde zuließ und das Kapital der France Télécom entgegen dem Wahlkampfversprechen für Privatanleger öffnete, stand er bei der „Konferenz über Beschäftigung, Löhne und Arbeitszeit“ vom 10. Oktober 1997 unter Erfolgsdruck – sowohl von seiten der Bevölkerung als auch von seiten seiner Koalitionspartner. Die Einführung der 35-Stunden-Woche, die sowohl ein zentraler Bestandteil des Wahlprogramms der Sozialisten als auch der Regierungsvereinbarung zwischen den Linksparteien ist, gilt als das

zentrale beschäftigungspolitische Vorhaben der Regierung. Mit der Entscheidung, im Jahr 2000 für alle Betriebe mit mehr als zehn Beschäftigten die 35-Stunden-Woche einzuführen, brach die Regierung zum ersten Mal seit vierzehn Jahren mit den traditionellen beschäftigungspolitischen Instrumentarien des Neoliberalismus: Abbau der Markt rigiditäten durch Flexibilisierung der Arbeitsmärkte und die Absenkung der Löhne vor allem im Niedriglohnbereich. Über die Abschaffung der Meldepflicht bei betriebsbedingten Kündigungen, die Ausweitung von prekären Beschäftigungsverhältnissen aller Art bis zu abgesenkten Löhnen für Berufseinsteiger und Langzeitarbeitslose erfüllten sozialistische wie gaullistische Regierungen seit 1983 nahezu alle Wünsche der Unternehmen.

Aufgrund der bisherigen intellektuellen und ökonomischen Dominanz der neoliberalen Politik zeigten die Arbeitgeber keine Verhandlungsbereitschaft, um im Ausgleich für eine Arbeitszeitverkürzung weitere Zugeständnisse bei der Flexibilisierung von Arbeitszeiten oder der Deregulierung von Beschäftigungsverhältnissen zu bekommen. Zudem war es offensichtlich, daß angesichts des signifikanten Kaufkraftrückgangs um fast 8 Prozent und mit Rücksicht auf die kommunistischen Koalitionspartner die Arbeitszeitverkürzung nur mit vollem Lohnausgleich verwirklicht werden wird. Die Arbeitszeitverkürzung, die *gegen* den Willen der Arbeitgeber durchgesetzt wurde, hat neben den beschäftigungspolitischen Effekten, die das französische Konjunkturforschungsinstitut (OFCE) auf 1,4 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze schätzt, eine wichtige politische Stoßrichtung. Die heftigen Reaktionen der Arbeitgeber im Anschluß an die Konferenz² zeugen dann auch eher davon, daß sich das französische „Patronat“ in seiner Autorität verletzt sieht, als von einer übermäßigen Besorgnis um die ökonomischen Grundlagen der Unternehmen. Die Ausgestaltung der 35-Stunden-Woche gibt dazu auch keinen Anlaß. Von den 145 Milliarden Francs Mehrkosten übernimmt 117 Milliarden der französische Staat, indem er den Betrieben pro Beschäftigten eine Reduzierung der Sozialabgaben von 9000 F (innerhalb von drei Jahren degressiv auf 5000 F) gewährt. Es erhalten nur die Betriebe Subventionen, die mit den Gewerkschaften eine Arbeitszeitregelung aushandeln. Das Programm soll zum einen über die zu erwartenden zusätzlichen Einnahmen aus den Sozialversicherungsbeiträgen in Höhe von 60 Milliarden Francs und zu 30 Milliarden aus bisher gezahlten Arbeitslosenunterstützungen finanziert werden. Der Rest muß durch eine Mehrbelastung des Haushalts aufgebracht werden. Den Unternehmen bleibt letztlich ein Mehraufwand von 28 Milliarden Francs. Außerdem ist für Ende 1999 eine weitere beschäftigungspolitische Konferenz geplant, bei der die ökonomischen Auswirkungen auf die Betriebe evaluiert werden sollen und mögliche Modifikationen vorgenommen werden können.³

François Mitterrand 1981 regierte nach seinem Wahlsieg zwei Jahre, bevor er auf den Kurs der Austeritätspolitik einschwenkte (Ziegler 1988), bei Chirac dauerte es keine sechs Monate, bis die „Schlacht um Arbeitsplätze“ der strikten Erfüllung der Konvergenzkriterien weichen mußte. Und bis zuletzt gingen die Arbeitgeber davon aus, daß auch Jospin sich wieder in den

Immobilismus der herrschenden Wirtschaftspolitik einreihet. Doch die französische Regierung stellte die Weichen anders, während die Phalanx der Neoliberalen weiter auf die Illusion der Alternativlosigkeit des Einheitsdenkens („pensée unique“) vertraute.

Doch der Widersprüchlichkeit zwischen sozialer Konsolidierung der französischen Gesellschaft und monetären europäischen Konvergenzvorgaben wird sich auch die neue Regierung nicht entziehen können. Immer wieder aufflammende soziale Konflikte wie die Blockaden der französischen LKW-Fahrer im Herbst 1997 aber auch die lokalen Arbeitskämpfe in vielen Betrieben erinnern die Sozialistische Partei und ihre Koalitionspartner an das eklatante Einkommensgefälle in der französischen Gesellschaft. Im Falle der streikenden „routiers“ konnten die geschickten Interventionen des kommunistischen Transportministers Gayssot die Auseinandersetzungen nach wenigen Tagen beenden. Doch ansonsten sind die alternativen politischen Optionen angesichts des wachsenden Konvergenzdrucks eher gering. Gegenwärtig profitiert Jospin von einer leichten konjunkturellen Erholung der Exportindustrie, die insbesondere auf den hohen Dollarkurs zurückzuführen ist. Für 1998 wird ein Wirtschaftswachstum von 2,9 Prozent prognostiziert. Dies läßt zumindest einen kleinen Spielraum für Lohn erhöhungen auf dem privaten Sektor, die die stagnierende Binnennachfrage ankurbeln könnten und damit den Druck auf die öffentlichen Haushalte mindern. Die Haushaltsüberprüfung ergab, daß sich das gegenwärtige Defizit auf ca. 290 Milliarden Francs beläuft. Das entspricht 3,5 Prozent des Bruttosozialprodukts. Einsparungen von zehn Milliarden Francs beim Verteidigungshaushalt und ein Kurswechsel bei der Steuerpolitik sollen 1997 die Neuverschuldung um 0,4 Prozent senken.

Während im Zuge der euroliberalen Deregulierungspolitik der letzten Jahre die westeuropäischen Länder in einen Prozess des „fiscal dumpings“ eintraten und die Unternehmens- und Kapitalsteuern senkten, plant die französische Regierung nun durch eine stärkere Besteuerung der Zinsen und durch eine um 15 Prozent angehobene Körperschaftssteuer zusätzliche 20 Milliarden einzunehmen.⁴ Das angekündigte Moratorium für die Sozialhaushalte konnte Jospin für 1997 damit verwirklichen. 1998 muß jedoch ein Ersatz für die Zusatzeinnahmen durch Privatisierungen (insbesondere der France Télécom) und eine Lösung für die hoch verschuldeten Sozialversicherungen gefunden werden. In der Familienpolitik sind bereits erste Einschnitte geplant. Eltern, die über 25 000 Francs im Monat verdienen, sollen in Zukunft kein Kindergeld mehr bekommen. Der anvisierte Kurs einer Versöhnung zwischen Einheitswährung und einer sozialeren Politik steht auf wackligen Beinen.

Daß sich auf europäischem Parkett die Ansprüche der französischen Regierung noch schwieriger durchsetzen lassen als auf nationalstaatlicher Ebene, zeigte der Amsterdamer Gipfel im Juni 1997. Frankreich unterzeichnete den im Vorfeld von Jospin als „Super-Maastricht“ abgelehnten Stabilitätspakt.⁵ Die Stabilitäts-Debatte konnte nicht über den Amsterdamer Gipfel hinaus verschoben werden, ohne den französischen Präsidenten zu

desavouieren, der in Dublin der deutschen Regierung diese Konzession zugestand. Um den Pariser Forderungen nach einem wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Gegengewicht wenigstens in der Tendenz nachzukommen, stimmten die Mitgliedsländer einer unpräzisen und unverbindlichen „Resolution über Wachstum und Beschäftigung“ zu. Statt harter Zahlen und klarer Richtlinien wie im Pendant über die monetäre Stabilitätspolitik stehen in der Beschäftigungsresolution nur weiche Worte und nebulöse Absichtserklärungen (Huffs Schmid 1997). Die Forderung nach einer „ökonomischen Regierung“ als Gegengewicht zur europäischen Zentralbank wurde zu einem „ökonomischen Pol“ zurechtgestutzt. Die deutsche Regierung vergaß nicht zu präzisieren, daß es sich dabei allenfalls um ein „informelles Gremium“ handelt: die großen Investitionsprogramme sollen erst einmal warten; die Europäische Investitionsbank wurde aufgefordert, Hochtechnologieprojekte stärker zu fördern; das Beschäftigungskapitel, das im Maastrichter Vertrag verankert werden wird, ist nicht wesentlich substantieller, gehört aber nun zum Grundrecht der EU. Es wird keine neuen finanziellen Mittel für eine europäische Beschäftigungspolitik geben. Stattdessen sollen die „finanziellen Anreize“ zur Unterstützung von Pilotprojekten durch Haushaltsumschichtungen und „schlafende“ Fonds aufgebracht werden. Eine Harmonisierung der Gesetzgebung im Sozialbereich ist nicht vorgesehen. Die neuen Kompetenzen der EU erschöpfen sich in jährlichen „Leitlinien“, die mit qualifizierter Mehrheit beschlossen werden und in den nationalen Politiken berücksichtigt werden müssen. Die französische Regierung hatte zunächst ihr Ziel verfehlt, der monetären Konvergenz eine adäquate sozial- und beschäftigungspolitische Komponente gegenüberzustellen.

Doch war die faktische Niederlage nicht vergeblich. Die Mini-Krise des EU-Gipfels in Amsterdam bewirkte, daß sich der Neoliberalismus auch in diesen Kreisen immer schwieriger zum Dogma aufschwingen kann. Zwar wurden die Vorschläge des Luxemburger Regierungschefs und der Europäischen Kommission, quantitative Zielvorgaben für den Abbau der Arbeitslosigkeit einzuführen, auf dem Beschäftigungsgipfel in Luxemburg insbesondere durch die deutsche Bundesregierung verwässert. Auf europäischer Ebene wurde dennoch eine erste Bresche geschlagen, auf die sich noch zaudernde sozialdemokratische Parteien, Gewerkschaften, Arbeitslosenorganisationen, etc. beziehen können.

Der wichtigste Erfolg der ersten Monate der französischen Linksregierung ist, daß es in Zukunft schwieriger sein wird, Alternativen zur neoliberalen Politik als realitätsfern zu denunzieren und Reformansätze mit dem Hinweis auf die ökonomischen Zwänge im Keim zu ersticken. Glaubt man der sozialkritischen Essayistik in Frankreich, dann hat sich der Neoliberalismus, „die Ideologie der achtziger Jahre, die oberflächlich war, gleichgültig gegenüber den Schwachen, bar jeder intellektuellen und moralischen Kraft, ... erschöpft. Der Geist der Zeit hat sich verändert. Das allgemeine Zapping, die Anbetung des Geldes, die Allgegenwart der Medien, die Diktatur des Scheins, die liberale Mode, all das beginnt die Öffentlichkeit

ernsthaft zu ärgern“ (Joffrin 1992, 19). Das stille Umdenken, das sich in über 400 000 verkauften Exemplaren des Buches „L‘horreur économique“ (Forrester 1996) manifestiert, zeugt von diesem Umschwung, der auch Rückwirkungen auf die französische Europapolitik haben wird (außerdem Lipietz 1996; Fitoussi 1997; La Monnaie unique en débat 1997).

Im Gegensatz zu Deutschland, wo sich die affirmative Euro-Rhetorik bei allen politischen und gesellschaftlichen Akteuren wiederfinden läßt, ist „die in Frankreich stattfindende Auseinandersetzung über die Art und Weise der europäischen Integration ... seit der Kampagne um den Binnenmarkt keine Frage des Glaubensbekenntnisses mehr, sondern sie hat einen sehr realen Kern: Hier wird bereits um reale Opfer und Gewinner gestritten“ (Kolboom 1993, 38). Ob Jospin die gesellschaftliche Zerreißprobe vor dem Hintergrund der Modernisierung Frankreichs und ihren sozialen Kosten, des Souveränitätsverzichts zugunsten der europäischen Integration und des Zwangs zur Regulierung der sozialen Krise meistern wird, hängt davon ab, ob es ihm gelingt, auf europäischer Ebene – und vor allem gegen Kohls EU-Politik – eine substantielle Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik durchzusetzen. Insofern werden die Bundestagswahlen 1998 in Deutschland auch für die französische Europapolitik von Belang sein.

Anmerkungen

- 1 Zur Rezeption des Streiks vgl. G. Groux: *Le conflit en mouvement*, Paris, 1997. A. Tourraine et al.: *Le grand refus – réflexion sur la grève de décembre 1995*, Paris, 1996. A. Caillé/J.-P. Le Goff: *Le tournant de décembre*, Paris, 1996.
- 2 Der Vorsitzende des französischen Arbeitgeberverbands (CNPFP) Gandois trat zurück, weil er sich als „Verhandler“ sieht – jetzt aber würde ein „Killer“ an der Spitze des Unternehmerlagers benötigt. Schützenhilfe bekam er vom SPD Kanzlerkandidatenkandidat Gerhard Schröder, der sich über das Vorhaben freute, „denn das würde der deutschen Wirtschaft einen Vorteil geben“ (*Die Zeit*, 10.10.97, 45). Seillière, designierter Nachfolger von Gandois an der Spitze des CNPFP, macht Front gegen die 35-Stunden-Woche. Sie sollte es dem Arbeitgeberverband ermöglichen, „Jospin zu destabilisieren“. (Vgl. *NZZ* v. 1.12.97)
- 3 Eine denkbare Modifizierung wäre, die Schwelle für die Betriebe, die unter das neue Gesetz fallen, auf 20 Arbeitnehmer anzuheben. Auf dem privaten Sektor müßten dadurch 41 Prozent aller Beschäftigten weiterhin 39 Stunden oder länger arbeiten.
- 4 Die erhöhte Körperschaftssteuer gilt nur für Unternehmen mit mehr als 50 Millionen Francs Jahresumsatz.
- 5 Der sog. „Stabilitätspakt“ soll garantieren, daß die monetäre Konvergenz der Mitgliedsländer auch über die Einführung der gemeinsamen Währung hinaus gesichert wird.

Literatur

- Appel des intellectuels en soutien aux grévistes, 1995: *Le Monde*, 15.12.
- Bourdieu, P., 1997: *Der Tote packt den Lebenden*. Schriften zu Politik und Kultur 2, Hamburg.
- Bourdieu, P. et al., 1997: *Perspektiven des Protests – Initiative für einen europäischen Wohlfahrtsstaat*. Hamburg.
- Chirac, J., 1995: *La France pour tous*. Paris.
- Le Duigou, J.-C., 1996: *Le réveil de la société*. In: *Témoignage* 6, avril.
- Fitoussi, J.P., 1997: *Europe – Le commencement d’une aventure*. In: *Le Monde*, 29.08.
- Forrester, V., 1996: *L’horreur économique*. Paris. Dt. *Der Terror der Ökonomie*. Wien, 1997.
- Le Gloanec, A. N./Hassner, P., 1996: *L’Allemagne et la France – deux cultures politiques (interview)*. In: *Esprit*, mai. Paris.
- Huffschmid, Jörg, 1997: *Altes Denken in Amsterdam*. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Nr. 9. Bonn.
- Joffrin, L., 1992: *La régression française*. Paris.
- Joffrin, L., 1997: *Kein Kotau vor der Währungsunion*. In: *Die Zeit*, 31.01. Hamburg.
- Kolboom, Ingo, 1993: *Europa denken – Frankreich in Europa*. In: Ingo Kolboom, Ernst Weisenfeld (Hrsg.): *Frankreich in Europa – ein deutsch-französischer Rundblick*. Bonn.
- La Monnaie unique en débat*, 1997: *L’Appel des économistes pour sortir de la pensée unique*. Paris.
- Lipietz, A., 1996: *Social Europe – the post-Maastricht challenge*. In: *Review of International Political Economy* 3/3.
- Memorandum pour un modèle sociale européen*, 1996: *Ambassade de France, Service de presse et d’information* 29.3.
- Ottenheimer, G., 1997: *Les temps des incertitudes*. In: *Revue Politique et Parlementaire*, mai/juin.
- Parti Socialiste, Secrétariat National, 1996: *Mondialisation, Europe, France – Texte d’orientation adopté par le Conseil National*.
- Todd, E., 1997: *Die Wahrheit über Jacques Chirac*. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Nr. 6. Bonn.
- Uterwedde, H., 1996: *Die mühsame Suche nach einer „anderen“ Wirtschaftspolitik – alte und neue Debatten*. *Lendemain* 81.
- Uterwedde, H., 1997: *Wohin steuert Frankreich? aktuelle frankreich-analysen 7/97*, Deutsch-französisches Institut Ludwigsburg.
- Ziebur, G., 1995: *Staat, Wirtschaft und Gesellschaft am Ende der Ära Mitterrand. Kontinuitäten, Brüche, Perspektiven*, in: *Deutsch-Französisches Institut (Hrsg.): Frankreichjahrbuch 1995*. Opladen.
- Ziegler, Jean, 1988: *Genossen an die Macht. Von sozialistischen Idealen zur Staatsräson*. Frankfurt/M.